

Ent(Be)lastungsprozess

Die irrationale Wirklichkeit der Haushaltskontrolle.
Ein Einblick in die politische Praxis im EU-Parlament.

Martin
Ehrenhauser

Die Brüsseler EU-Bürokratie am Laufen zu halten verschlingt Milliardenbeträge. 20 Prozent der sogenannten Verwaltungsausgaben fließen in die Verwaltung des Europäischen Parlaments, für seine Gebäude, seine Beamten und für die Unterstützung seiner Mitglieder. Auf 1,48 Milliarden Euro beliefen sich die Zahlungen im Jahr 2008.

Ein besonderes Privileg der europäischen Volksvertreter: Sie kontrollieren sich selbst. Zuständig für ihr Finanzgebaren ist der Ausschuss für Haushaltskontrolle des Parlaments. Jahr für Jahr im Monat März macht er nicht nur einen Vorschlag zur Entlastung der Europäischen Kommission, sondern auch zur Entlastung des Parlamentspräsidenten, der die Verwaltung des hohen Hauses zu beaufsichtigen hat. In diesem Verfahren der Entlastung wird in der Rückschau die Ordnungs- und Rechtmäßigkeit der Haushaltsführung beurteilt. Dafür galt es auch dieses Mal Mehrheiten zu sichern. Die Anwesenheitsliste war daher prall gefüllt mit Unterschriften. Selbst selten gesichtete Abgeordnetenkollegen saßen gut gelaunt in den grauen Drehsesseln vor den metallenen Abstimmungsmaschinen. Jedoch ohne große Erwartungen, denn das Ergebnis wussten viele schon vor der Abstimmung.

Im April war dann über die Erteilung der Entlastung durch das Plenum abzustimmen. Theoretisch möglich gewesen wäre auch ein Aufschub der Entlastung bis zur Oktober-Tagung, die dann definitiv über Gewährung oder Verweigerung der Entlastung zu entscheiden hätte.

Eine solche Verweigerung hat keine rechtlichen Folgen, es handelt sich um eine rein „politische Frage“. Als einzige Konsequenz verweist die Geschäftsordnung daher auf die primärrechtlich verankerte Möglichkeit einer Vertragsverletzungsklage durch den Parlamentspräsidenten beim Europäischen Gerichtshof (EuGH). Im Falle der Entlastung des EU-Parlaments, könnte – absurderweise – der amtierende Parlamentspräsident gegen sich selbst Klage erheben. Was wenig übertra-

Unser Beitrag „Die Kölner Messehallen, OLAF und das Europäische Parlament“ in *forum* 293 hat uns einige aufschlussreiche Einblicke in den Brüsseler Politikbetrieb verschafft. Dank gilt dafür zunächst einem aufmerksamen *forum*-Leser, der auf dem Internet-Bürgerportal *abgeordnetenwatch.de* dazu eine Reihe Fragen an deutsche Europaabgeordnete gestellt hatte. Derjenige, der die Vorgänge um die Brüsseler Neubauten des Parlaments eigentlich am besten kennen müsste, der frühere Parlamentspräsident Hans-Gert Pötering antwortete nicht auf die Fragen. Und auch der derzeit wohl mächtigste deutsche EU-Parlamentarier, der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten Martin Schulz schickte nur seine nichtssagende Standardantwort.

Bemerkenswerte Reaktionen gab es dagegen von den beiden Haushaltsexpertinnen Ingeborg Gräßle (CDU) und Jutta Haug (SPD). Bemerkenswert deshalb, weil beide offenbar der gleichen Fehlinformation aufgesessen sind. Beide behaupten, anders als in Köln sei in Brüssel keine öffentliche Ausschreibung möglich gewesen, weil das für den Parlamentsneubau erforderliche Grundstück bereits im Besitz eines privaten Investors war. Von uns darauf aufmerksam gemacht, dass auch das Grundstück für die Kölner Messehallen bei Vertragsabschluss bereits im Besitz des privaten Bauinvestors war und dass die Auftragsvergabe an diesen vom Europäischen Gerichtshof trotzdem für ungültig erklärt wurde, hat bislang keine der beiden Parlamentarierinnen ihre Antworten korrigiert oder präzisiert.

Aufgegriffen wurde unser Bericht auch von dem unabhängigen österreichischen Abgeordneten Martin Ehrenhauser. Er versuchte, mit Anträgen im Ausschuss für Haushaltskontrolle zu erreichen, dass die von *forum* ans Tageslicht gebrachten Vorgänge offiziell untersucht werden. Vergebens. Seine Anträge wurden abgeschmettert. Welche Spielregeln bei kritischen Fragen im Ausschuss für Haushaltskontrolle des Parlaments gelten, schildert Martin Ehrenhauser in seinem Beitrag... ♦

JST

Martin Ehrenhauser, geboren am 18. September 1978 in Linz (Österreich), fraktionsfreier Abgeordneter im Europäischen Parlament und Mitglied im Haushaltskontrollausschuss, www.ehrenhauser.at

schend noch nicht vorkam. So wird dieses an sich wichtige Kontrollverfahren zum puren Scheingeheft. Am Ende geht es nicht mehr um korrekte und sparsame Haushaltsführung, sondern um politische Macht im hohen Haus. Heuer bekam der grüne EU-Abgeordnete Bart Staes dies zu spüren. Der diesjährige Berichterstatter für die Entlastung des EU-Parlaments besitzt langjährige Erfahrung im Haushaltskontrollausschuss und ist bekannt für seine engagierten Berichte, die am Ende immer wieder von der Mehrheit abgeschwächt oder abgeschmettert wurden. Der Belgier hätte somit keinen weiteren Beweis dafür benötigt, dass es für kritische Kontrolle keine Mehrheit im EU-Parlament gibt.

Parlamentsentführung

Diesmal legte die deutsche Europaabgeordnete Ingeborg Grässle von der Europäischen Volkspartei (EVP) den Zensurstift bei den kritischen Passagen an. Sie ist die Koordinatorin im Haushaltskontrollausschuss für die größte Parlamentsfraktion. 75 von insgesamt 202 Änderungsanträgen brachte sie ein. Davon hat sie zwölf kurzfristig zurückgezogen. Alleine in 36 Änderungsanträgen forderte sie das Löschen von ganzen Textpassagen und Absätzen.

Erfolgreich verhinderte sie gemeinsam mit der vermeintlich Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D) unter anderem die Forderung, das Finanzmanagement der Fraktionen der allgemeinen Haushaltsordnung zu unterwerfen. Bisher unterscheiden sich die internen Finanzvorschriften der verschiedenen Fraktionen sehr stark. Im Sinne eines wirksamen Risikomanagements und der Transparenz wäre dieser Schritt notwendig gewesen. Gelöscht wurde auch die Forderung, dass die Zulagen der EU-Abgeordneten für parlamentarische Assistenz nicht weiter aufgestockt und deren Verwendung veröffentlicht werden.

Ausradiert wurden auch neue kritische Textpassagen, die von anderen EU-Abgeordneten als Änderungsanträge zu dem Bericht eingebracht worden waren. Sieben davon widmeten sich dem dubiosen Vergabeverfahren rund um die beiden Brüsseler Parlamentsgebäude D4 und D5. (Unter dem Titel „Die Kölner Messehallen, OLAF und das Europäische Parlament“ berichtete Jürgen Stoldt in *forum* 293 ausführlich.)

Diese Änderungsanträge erinnerten daran, dass der Europäische Rechnungshof in seinem Sonderbericht Nr. 2/2007 die Verfahren für das Willy Brandt- und das József Antall-Gebäude geprüft und dabei festgestellt hat, dass anstelle der in der Haushaltsordnung und den Vergaberichtlinien eigentlich vorgesehenen Ausschreibungen das sogenannte Verhandlungsverfahren (ohne Bekanntmachung) zur Anwendung kam. Dies, so der Rechnungshof, führte dazu, dass die „gezählten Preise nicht zu Wettbewerbsbedingungen ermittelt wurden.“

Gestützt auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 29. Oktober 2009 in Bezug auf eine sehr ähnliche Bauvergabe von vier Messehallen in Köln wurde nun in einem Antrag gefordert, „die Möglichkeit zu prüfen, bereits an den privaten Bauträger gezahlte Beträge wieder einzuziehen, wenn Ausschreibungsvorschriften umgangen worden sind.“¹ Alles vergebens. Auch diese sieben Änderungsanträge wurden Opfer der rot-schwarzen Zensurmehrheit.

Nach all dem argumentierte die ehemalige Journalistin Ingeborg Grässle sinngemäß, dass es doch schon viele Verbesserungen gäbe – Kritik sei somit nicht mehr angebracht.

Am Schluss war der ursprüngliche Entlastungsbericht völlig verwässert – so sehr, dass sich der Berichterstatter Bart Staes bei der Endabstimmung enthalten hat. „Mein Baby wurde noch vor der Geburt abgetrieben“, meinte er resigniert. Alle anderen Fraktionen verurteilten ebenfalls die Vorgangsweise der das Parlament beherrschenden großen Koalition aus Volkspartei und Sozialdemokraten. Der linke Abgeordnete Søren Bo Søndergaard aus Dänemark sprach sogar von einer „Entführung des Parlaments“.

Fraktionsverantwortungsethik

Der berühmte deutsche Soziologe Max Weber sprach am Abend des 28. Januar 1919 auf Einladung einer linksliberalen studentischen Vereinigung in der Schwabinger Buchhandlung Steinicke über den Charakter von Politikern. Der erweiterte Text seiner freien Rede erschien unter dem Titel

© Dominique Darcy



Im Falle der Entlastung des EU-Parlaments, könnte – absurderweise – der amtierende Parlamentspräsident gegen sich selbst Klage erheben.

Am Ende geht es nicht mehr um korrekte und sparsame Haushaltsführung, sondern um politische Macht im hohen Haus.

Politik als Beruf. Darin definierte er, dass ein Politiker Leidenschaft und Verantwortlichkeit an der Sache haben muss. Im Fall von Ingeborg Grässle war beides nicht vorhanden. Weder die Verantwortung an der Sache, noch die Leidenschaft dafür. Es war nur die Verantwortung gegenüber der Fraktion. Eine Handlung aus reinem fraktionspolitischem Selbstzweck. Dieser steht jedoch oft in geradezu paradoxem Verhältnis zum ursprünglichen Sinn. In diesem Fall zur kritischen Kontrolle der Parlamentsfinanzen zu Gunsten der Steuerzahler. Fraktionsverantwortungsethik eben.

Denn die, deren Arbeit durch das Entlastungsverfahren kontrolliert werden sollte, stammen aus der gleichen Fraktion wie Ingeborg Grässle. Sowohl der derzeitige EU-Parlamentspräsident aus Polen Jerzy Buzek als auch der deutsche Generalsekretär Klaus Welle. Der oberste Beamte bekleidete vor einigen Jahren sogar das Amt des Generalsekretärs der Europäischen Volkspartei. Er muss sich auch künftig nicht jährlich einem spezifischen Meinungsaustausch über die Forderungen im Entlastungsbericht stellen. Diese Textpassage im Bericht von Bart Staes wurde auch gelöscht. Dass dabei Gerüchte die Runde bis in die Brüssler Wochenzeitung *European Voice* machten, wonach

Welle selbst an den Änderungsanträgen beteiligt war, ist nur verständlich.² Gerüchte die jedoch von der EVP dementiert wurden.

Kein Einzelfall

Solange streichen und ändern, bis die Substanz verloren gegangen ist. Diese Methode wurde auch beim Entlastungsverfahren der dezentralen EU-Agenturen im Jahr 2008 angewandt. Pikanter Detail dabei: Der damalige Berichterstatter, der österreichische EU-Abgeordnete Hans-Peter Martin, ahnte schon, was ihm bevorstand, und so fanden nur kritische Textstellen in die Entlastungsberichte Eingang, die von EU-Abgeordneten der beiden großen Fraktionen bereits in Medien oder irrelevanten Arbeitsdokumenten formuliert worden waren.

Für insgesamt vier Absätze in Martins Berichtsentwurf diente Ingeborg Grässles *Arbeitsdokument über eine verantwortungsvolle Verwaltung bei der Europäischen Kommission* als Ideengeber. Absätze in denen es heißt, dass „die Dezentralisierung und Aufgabenauslagerung eines der wesentlichsten Ergebnisse des Reformprozesses der Kommission ab 1999 war, es aber bis heute von Seiten der Kommission weder eine Studie, noch einen Rechenschaftsbericht oder eine Zwischenbilanz über diese Form der Verwaltungsführung gibt.“³

Fast wortgleich wurden diese Ergebnisse von Martin in seinen Bericht eingearbeitet, doch am 26. März 2008 im Haushaltskontrollausschuss von ihr und den restlichen konservativen Abgeordneten aus dem Bericht gestrichen.

Gleiches gilt für die SPD-Europaabgeordnete Jutta Haug. Insgesamt wurde bei fünf Absätzen direkt oder indirekt ihr Arbeitsdokument über das Treffen mit den dezentralen Agenturen zum Haushaltsvorentwurf für 2008 zitiert. Feststellungen wie jene, dass „eine deutliche Tendenz erkennbar ist, dass die Agenturen ihren Bedarf an Gemeinschaftszuschüssen unverhältnismäßig alle sechs Monate nach oben korrigieren“, wurden jedoch auch von ihren Fraktionskollegen weggestimmt.⁴

Was gestern noch als wichtige Erkenntnis präsentiert wurde, wird heute einfach gestrichen. Das ist die traurige Realität der Haushaltskontrolle im Europaparlament. ♦

¹ Änderungsanträge 56 bis 61 (PE439.268v01-00) zum Berichtsentwurf über die Entlastung des Europäischen Parlaments für das Finanzjahr 2008.

² *European Voice*: Spending critics fight to save budget report from whitewash; Seite 4; 25. März 2010.

³ *Europäisches Parlament*: Draft report on discharge in respect of the implementation of the budget of the European Foundation for Improvement of Living and Working Conditions for the financial year 2006; Seite 12; 31. Januar 2008.

⁴ *Europäisches Parlament*: Draft report on discharge in respect of the implementation of the budget of the European Foundation for Improvement of Living and Working Conditions for the financial year 2006; Seite 13; 31. Jänner 2008.



NATURATA
Fair a kooperativ mat de Bio-Bauern

20 Joer
1989-2009

Luxembourg-Ville:

- ① **Rollingergrund**
• Lebensmittelgeschäft
• Bio-Metzgerei Quintus
- ② **Merl**
• Lebensmittelgeschäft

Osten:

- ③ **Munsbach**
• Supermarkt - Lebensmittel
• **Restaurant & Catering**
• Akzent
(Naturkleider, Spielwaren, Bücher)

Norden:

- ④ **Erpeldange**
• Lebensmittelgeschäft
- ⑤ **Hupperdange**
• Hof-Laden Schanck-Haff

Süden:

- ⑥ **Dudelage**
• Lebensmittelgeschäft
- ⑦ **Foetz**
• Lebensmittelgeschäft



www.naturata.lu

Goûtez le bio,
goûtez la vie!

Äre Spezialist fir Bio- an Demeter-Liewesmëtter